Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 220 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 20. Sept. 1930

Rechenkünsteleien.

Parlamentarische Möglichkeiten. — Unbekannte Größen. Stickluft. — Drastische Illustrationen.

Nachdem der Rechenstift eisrigst die zahlenmäßigen Ergebnisse der Reichstagswahl hatte feststellen müssen, war er aus müde gewordener Hand beiseitegelegt worden; Berichtigungen, die an dem Gesamtresultat nur ganz wenig zu ändern vermochten, haben kaum noch Interesse erregt. Aber schon sehr bald wurde der arme Stift wieder in Tätigkeit gesetzt, weil es nun galt und gilt, die parlamentarischen „Möglichkeiten" herauszurechnen, jene Kombinationen, von denen die Ergebnisse deutscher Reichstagswahlen fast immer eine ganze Fülle darzubieten pflegen. Wer geht mit wem zusammen? Wer mag von dieser, von jener Partei wirklich oder — vorläufig nichts wissen? Wie ist das mit dem „Ewigkeitswert" parteipolitischer Mannesworte, vor allem solcher, die im Wahlkampf, also vor der Entscheidung, gesprochen worden sind? Man kann nämlich aus Erfahrung sagen, daß man „nach Tisch" häufig so manches „ganz anders liest". Also wird gerechnet, nicht gerade selten mit überaus „unbekannten Größen", und infolgedessen pflegen auch die dabei sich herausstellenden Resultate alles andere als übereinzustimmen — außerdem auch darum, weil meist das parteipolitische Wünschen die Arbeit des Rechenstiftes stark beeinflußt. Im übrigen ist das alles insofern ein ziemlich müßiges Spiel, weil ja die Entscheidung vorläufig bis nach dem Zusammentritt des Reichstages vertagt worden ist, wenigstens nach außen hin. Denn die Reichsregierung hat erklärt, sie wolle ohne jede parteimäßige Bindung, also — formell — ohne jede vorher verabredete, vereinbarte parlamentarische Grundlage ein wirtschafts- und finanzpolitisches Sanierungsprogramm in Form ausgearbeiteter Gesetzentwürfe dem Reichstag vorlegen, die dann entweder von diesem abgelehnt oder angenommen oder schließlich — abgeändert werden sollen. Natürlich ist es trotzdem nun durchaus nicht ausgeschlossen, daß hinter den Kulissen Bemühungen vor sich gehen, die Gesetzentwürfe rechtzeitig so zu „kneten" und zu formen, daß sie einigermaßen Aussicht auf Annahme durch eine Reichstagsmehrheit erhalten.

*

Aber das eine läßt sich ohne jeglichen Rechenstift schon jetzt feststellen: genau so wie das parteipolitische Gegeneinander in der Reichstagswahl und durch sie eine scharfe Zuspitzung erfuhr, wird diese Verschärfung sich auch in den kommenden Wochen und vielleicht noch länger geltend machen. Als Zeichen dieser unstreitig wachsenden Nervosität dürfen die Gerüchte gelten, die in sensationellsten Meldungen von allerhand illegalen „inneren Rüstungen" und Putschabsichten radikaler Parteien wissen wollen. Da weht in diese parteipolitisch verseuchte Stickluft wie ein frischer Zug die Rede des Reichswehrministers Gröner hinein, die er jetzt bei Manöverschluß gehalten hat. „Wehrhaftigkeit und Landesverteidigung dürfen nicht Parteisache sein . . . und es möge gelingen, weiterhin die Wehrmacht vollkommen herauszuheben über den Streit der Parteien; so wird sie zum einigenden Symbol der Nation." Und Gröner spricht der Wehrmacht die Aufgabe zu, „abseits aller Parteipolitik nur der Idee des Staates zu dienen". Auch über die „Politik der Reichswehr" sind ja allerhand Gerüchte verbreitet worden, denen jetzt der Minister in betonter Schärfe entgegentritt; denn die Reichswehr kenne nur eine Aufgabe, nämlich die der höchstmöglichsten Ausbildung von Führer und Mann — und daran habe man infolge der bekannten Abrüstungsbestimmungen und der dadurch aufgetürmten Hemmnisse und Beschränkungen gerade genug zu tun!

*

Trotzdem hat der Reichswehrminister in seiner Rede einen kleinen, überaus verständlichen Ausflug ins Außenpolitische gemacht. Sogar in einen überaus aktuellen Teil der Außenpolitik, in die Frage der jetzt ja auch in Genf heftig umstrittenen allgemeinen Abrüstung hinein. Nicht bloß, weil der englische Außenminister Henderson ebenso laute und deutliche wie überraschende Töne sprach, auch den Anspruch der zwangsweise abgerüsteten Staaten auf endliche Erfüllung der allgemeinen Abrüstungszusagen anerkannte, sondern, weil, gleichzeitig mit den deutschen Manövern auch solche jenseits unserer Westgrenze stattfanden. Dabei trat der ganze gewaltige Kräfteunterschied der deutschen und der französischen Wehrmacht in aller Deutlichkeit zutage und illustrierte drastisch genug die ganze Albernheit des Geredes von einer Bedrohung Frankreichs durch Deutschland, von einer Gefährdung der Sicherheit des französischen Volkes, die ganze Unsinnigkeit des dort gepredigten Satzes: „Erst Sicherheit, dann Abrüstung." Bei unseren Manövern gab es nur Tankattrappen, gab es kein schweres Geschütz; drüben aber rasselten echte Tanks und Hunderte schwerer Geschütze durch das Manövergelände, das überschwirrt war von Flugzeugbataillonen. „Diese Gegenüberstellung schon straft alle diejenigen Lügen, die in der deutschen Armee eine Bedrohung für irgendeinen Nachbarn sehen wollen." Das unterstrich Minister Gröner, der doch vom modernen Krieg und den für diesen notwendigen Rüstungen auch einiges versteht! Aber Vernunft und ruhiges Überlegen in der Politik vermögen sich doch nur selten, im großen wie im kleinen, zwischen den Völkern und bei den Völkern durchzusetzen. So haben sich die Väter des Völkerbundstatuts und die des Versailler „Friedens" zwar zur allgemeinen Abrüstung verpflichtet, aber leider gilt auch hier, daß Versprechen und Halten eben — zweierlei ist.

Dr. Pr.

Minderheiten müssen geschützt werden

Deutscher Standpunkt zu Minderheitenbeschwerden.

Die deutschen Wahlen.

Eine Darlegung des Minderheitenproblems durch den deutschen Abgeordneten Koch-Weser wurde im Politischen Ausschuß des Völkerbundrates entgegengenommen. Der deutsche Redner entwickelte die Geschichte des Schutzes der Minderheiten, in der manche Vernachlässigung des Völkerbundes festzustellen sei. Der Kern sei nicht mehr und nicht weniger, als den Minderheiten den Schutz ihrer Menschenrechte auf Wahrung ihres Volkstums, ihrer Muttersprache, ihrer Kultur und ihrer Religion im Rahmen der Staaten, in denen sie leben, nicht nur rechtlich zu verbriefen, sondern auch praktisch zu verwirklichen. Die Befriedung und Annäherung Europas kann nicht nur über gefallene Zollgrenzen gehen, sondern sie geht in erster Linie über die Minderheiten. Der Völkerbund wird die Zeichen erkennen und darüber wachen müssen, daß ihm nicht die Schlüssel der fortschreitenden Entwicklung entgleiten. Deshalb sind die seinerzeit von Stresemann schon gegebenen Anregungen streng zu beachten und ein ständiger Minderheitenausschuß einzusetzen.

Die Erklärung des deutschen Vertreters wurde durch den Vertreter der österreichischen Regierung unterstützt, der der deutschen Regierung für die Aufrollung dieser so bedeutsamen Frage dankte und die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Behandlung der Minderheiten in verschiedenen Staaten und die dadurch geschaffene Bedrohung des Friedens betonte. Der Vertreter der albanischen Regierung verlangte die Schaffung eines ständigen Minderheitenausschusses.

Briand, der später sprach, hielt den heutigen Minderheitenschutz durch den Völkerbund für völlig ausreichend und zufriedenstellend. Niemand könne behaupten, daß der bisherige Minderheitenschutz des Völkerbundes ungenügend sei und daß die Interessen der Minderheiten nicht genügend gewahrt würden. Briand lehnte nachdrücklichst die Schaffung eines ständigen Minderheitenausschusses ab, wobei er erklärte, er könne sich nicht vorstellen, womit sich ein solcher Ausschuß befassen solle. Die Minderheiten hätten jederzeit die Möglichkeit, ihre Beschwerden vor den Völkerbundrat zu bringen; es bestünden weitgehendste Sicherheiten für eine gerechte und sachliche Prüfung dieser Beschwerden.

Für die tschechoslowakische Regierung erklärte ihr Vertreter seine Sympathie mit den deutschen Vorschlägen. Die Tschechoslowakei sei bereit, die Minderheitenfrage im allgemeinen zu erörtern, ohne aber einen Präzedenzfall zu schaffen. Graf Apponyi, der Vertreter Ungarns, wies auf die außerordentlichen Mängel und Gefahren der gegenwärtigen Minderheitenbehandlung durch den Völkerbund hin. Die Minderheitenfrage sei in erster Linie eine große internationale Frage. Der Völkerbund habe jedoch das Recht, die Durchführung der Minderheitenschutzverträge zu kontrollieren. Ungarn meine, daß das gesamte gegenwärtige Beschwerdeverfahren des Völkerbundes ungenügend sei. Der Vertreter der rumänischen Regierung schloß sich vollkommen den Erklärungen des tschechoslowakischen Vertreters Benesch an.

Unterredung Curtius-Briand.

Reichsaußenminister Curtius erhielt den Gegenbesuch Briands und hatte mit dem französischen Außenminister ein mehr als einstündiges Gespräch. In diesem wurden sämtliche Fragen behandelt, die diesmal den Völkerbund beschäftigen. Bei der Unterredung spielte auch das Paneuropaproblem eine Rolle. In der Unterredung zwischen Briand und Dr. Curtius sind — wie verlautet — die grundsätzlichen Fragen der gegenwärtigen deutschen Außenpolitik, insbesondere die Frage der Fortführung der von Dr. Stresemann bestimmten Außenpolitik eingehend berührt worden. Ferner sind die letzten Verhandlungen des Völkerbundes über die Abrüstungsfrage und die paneuropäischen Beschlüsse besprochen worden. Im Mittelpunkt der Unterredung soll auch das Ergebnis der Reichstagswahlen gestanden haben.

Ein weiterer Schritt zur Einverleibung Deutsch-Ostafrikas in das englische Weltreich?

London, 19. September. Wie der Evening Standard meldet, soll gelegentlich der Weltreichskonferenz auf die Regierung ein Druck ausgeübt werden, um sie zur Kündigung der sogenannten Kongo-Akte zu veranlassen. Eine solche Kündigung würde der britischen Regierung in Ostafrika und im Mandatsgebiet Tanganjika, dem früheren Deutsch-Ostafrika, gestatten, auch für diese Gebiete die Vorzugsbehandlung für englische Waren einzuführen. Die Kongo-Akte sahen bekanntlich für das Kongo-Gebiet und die östlichen angrenzenden Gebiete Handelsfreiheit und völlige Zollfreiheit für jegliche Einfuhr vor. Sie wurden auf der Konferenz von St. Germain 1919 bei der Verteilung der ehemaligen deutschen Kolonien an die Alliierten ausdrücklich bestätigt. Es wurde jedoch eine Klausel eingeschaltet, die eine Kündigung der Kongo-Akte nach Ablauf von 10 Jahren vorsieht. Offenbar wünscht man in England nunmehr, von dieser Kündigungsmöglichkeit Gebrauch zu machen, um auf diese Weise die Einverleibung Deutsch-Ostafrikas in das britische Weltreich weiter zu fördern.

Mussolini über das Ergebnis des 14. September

Rom, 19. September. Das Befehlsblatt der faschistischen Partei enthält eine außerordentlich beachtliche Stellungnahme zu den deutschen Wahlergebnissen. Der Verfasser ist ohne Zweifel Mussolini selbst. In dieser Stellungnahme heißt es u. a.: Die Generationen des 20. Jahrhunderts sind bezaubert von nur zwei neuen politischen Systemen, die es in der Welt gibt, dem Faschismus und dem Bolschewismus. Die Alternative zeichnet sich immer deutlicher und dramatischer am Horizont ab. Die Wahlen des 14. September, die im Zeichen Hitlers stattfanden, bestätigen dies. Deutschland ist im Begriff, sich zu entscheiden und hat inzwischen sein erregtes Gesicht aber gleichzeitig seinen tiefen unbezwingbaren Geist gezeigt. Gibt es noch jemand, der meint, er könne ihn auslöschen? Gibt es noch jemand, der glaubt, daß der Youngplan genau im Jahre 1988 ablaufen wird und daß die Verträge auf Ewigkeit dauern werden? Die stürmische nationale Wiedererhebung Deutschlands interessiert uns. Die Annahme, die hier und dort besprochen wird, von einem kommunistischen Vorläufer erschreckt uns nicht im geringsten.

Die letzten Aufzeichnungen Andrees

Stockholm, 19. September. Aus dem am Freitag veröffentlichten Auszug aus Andrees Tagebuch geht hervor, daß die drei Forscher am 2. Oktober noch am Leben waren. Die 142 Seiten langen Aufzeichnungen schließen in dem Augenblick ab, als Andree, Strindberg und Fränkel am Morgen des 2. Oktober durch ein fürchterliches Getöse geweckt wurden: Die Eisscholle, auf der sie ihre Hütte aus Eisstücken gebaut hatten, brach in viele Teile. Andrees letzte Aufzeichnung galt seinen Kameraden, die in diesem Augenblick damit beschäftigt waren, die Ausrüstungsstücke und den Proviant zu retten. „Mit solchen Kameraden muß man beinahe alles ausrichten können." Ueber die Ballonfahrt der ersten drei Tage heißt es, daß Eisbildung und Frost den Ballon zur Landung gezwungen hätten. Am wichtigsten ist die Tatsache, daß die drei Forscher nach der Landung nicht zuerst versuchten, nach Süden zu kommen, wo sie Proviantlager besaßen, sondern daß sie nach Osten wanderten, um neue Entdeckungen zu machen.

Die Aufzeichnungen über die Schwierigkeiten des Marsches über die Eisberge und die Wasserlöcher sind sehr anschaulich. Nur wenige Kilometer kann man täglich vorwärts kommen und schließlich stellen die Forscher fest, daß die ganzen Eismassen, auf denen sie sich befinden, nach Westen abgetrieben werden. Am 4. August befindet sich die Expedition auf 32,17 Grad nördlicher Breite und 29,3 Grad östlicher Länge. Hier erkennen sie, daß sie nicht das vorgesteckte Ziel erreichen können und versuchen, mit Hilfe der Eistrift südwärts zu der Gruppe der sieben Inseln zu gelangen.

Der Proviant wird knapp und die drei Männer sind auf die Eisbärjagd angewiesen. Der Marsch wird immer schwieriger. Besonders Strindberg leidet an Durchfall und Fußverletzungen. Trotz der fürchterlichen Strapazen führt Andree das Tagebuch gewissenhaft und macht interessante wissenschaftliche Beobachtungen. Noch immer finden sich hoffnungsvolle Aufzeichnungen, zum Teil sogar in humoristischer Form. Die Kochkünste von Fränkel und Strindberg, der sogar aus Algen eine Suppe bereiten kann, werden hervorgehoben.

An der Küste des Nordostlandes ändert sich die Eistrift. Die Forscher werden weit nach Osten abgetrieben. Da die Kälte immer ärger wird, müssen sie die Ueberwinterung auf einer Eisscholle vorbereiten. Am 17. September kommt Land in Sicht. Die weiße Insel. An den nächsten Tagen gelingt es, Seehunde und Eisbären zu schießen. Andree rechnet, daß er bis April genügend Proviant hat. Am 28. September wird die Hütte bezogen und am 2. Oktober tritt die Katastrophe ein.

Wer von den drei Forschern am längsten gelebt hat, wird anscheinend nie genau aufgeklärt werden können. Nach Rückkehr der beiden schwedischen Professoren, die in Tromsö das aufgefundene Material bearbeitet haben, und sich auf der Rückreise nach Stockholm befinden, werden wahrscheinlich weitere Einzelheiten veröffentlicht werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF